

## Zusammenfassung 1. Werkstattgespräch Gemeinwohlökonomie 10. November 2023

Mit Tabea Waltenberg (SDSN Germany) haben wir diskutiert, wie gemeinwohlorientierte Unternehmen bestehende ökonomische Sachzwänge überwinden bzw. verändern können. Zentral erschien die Frage der Anonymität bzw. Eingebundenheit von Shareholder\*innen und Investor\*innen in unternehmerische Entscheidungen. Die Annahme: Durch eine stärkere Einbindung wird das Vertrauen in die Unternehmung gestärkt, die Wirkung rückt anstelle der Renditeerwartung in den Mittelpunkt der Investitionsentscheidung und es entsteht Raum für ein dynamisches Gleichgewicht als Zieldimension unternehmerischen Handelns anstelle des unbedingten Wachstumszwangs.

Am Tisch von Christoph Harrach (Netzwerk GWÖ) wurde über die wissenschaftliche Fundierung der GWÖ-Zertifizierung diskutiert. Diese sei für eine mögliche gemeinwohlorientierte Steuerreform notwendig, in der die steuerliche Belastung entsprechend des Gemeinwohlbeitrags berechnet würde. Bisweilen mangle es sowohl an wissenschaftlicher Grundlage als auch an politischer und gesellschaftlicher Akzeptanz. Die Annahme: Gesellschaftliche Akzeptanz steigt mit zunehmendem Wissen. Ein erster Ansatz könnte die wissenschaftliche Begleitung der Nationalen Strategie für Soziale Innovationen und gemeinwohlorientierte Unternehmen sein. Die gute Nachricht: An empirischen Beispielen aus der Praxis mangelt es nicht.

Mit Hans Haake (Wuppertalinstitut) wurde über die Förderung gemeinwohlorientierter Unternehmungen durch Land, Kommune und insbesondere durch Wirtschaftsförderungen diskutiert. Hierbei seien bestehende Aktivitäten der Wirtschaftsförderungen wie beispielsweise Inkubatorenprogramme gemeinwohlorientiert zu gestalten. Förderungen seien zu vereinfachen, Gemeinwohl als Kriterium zu integrieren und Programme nach vorne zu stellen, die gemeinwohlorientiertes Wirtschaften begünstigen. Darüber hinaus sei Gemeinwohlökonomie als Handlungskonzept in formale und non-formale Bildung einzubinden. Zivilgesellschaft sei dabei als Teil der wirtschaftlichen Akteurslandschaft zu verstehen.

Mit Sandra Schneeloch (BAG Wirtschaft & Finanzen) habt ihr über den Einfluss der Gemeinwohlökonomie auf Parteiprogrammatik gesprochen. Die Frage: Wie fließen die vielen guten Beispiele hier ein? Erste Ansätze: Gemeinwohlökonomie könne als Thema für eine grüne Arbeitsmarktpolitik entdeckt, Social Entrepreneurship als Handlungsfeld mit dem GWÖ-Diskurs verbunden und Gemeinwohlorientiertes Wirtschaften als Querschnittsthema zwischen einem neuen Wohlstandsbegriff der Wirtschaftspolitik, dem Umgang mit den Commons in der Umweltpolitik und der (Arbeiter\*innen)Mitbestimmung in der Sozialpolitik attraktiv gemacht werden. Weitere Forderungen: Die Bundesstrategie (s.o.) sei durch Förderprogramme zu begleiten und die Wirtschaftsförderungen der Länder wie NRW.Global Business sowie die Sparkassen hätten GWÖ mitzudenken. Zudem hat Sandra einen lebendigen Einblick in das GWÖ-Projekt der Wirtschaftsförderung Köln gegeben und auf die anstehende EU-CSR-D-Richtlinie hingewiesen, mit der Nachhaltigkeitsberichtserstattung künftig zur Pflichtaufgabe wird. Beide Impulse werden wir im Februar aufgreifen.

Zusammenfassung 2. Werkstattgespräch Gemeinwohlökonomie 02. Februar 2024

**Panel 1: Unternehmen**

Stefan Maier, Gründer des IT-Dienstleisters Prior 1, berichtete aus seiner unternehmerischen Praxis von den Vorteilen einer nachhaltigen Unternehmensführung. Diese ermögliche der Firma auf besondere Weise die Gewinnung motivierter Fachkräfte und eine Kultur des Miteinanders. Er plädierte für mehr Mut von Unternehmer:innen, auch ohne staatliche Regulierung in gesellschaftlicher Verantwortung loszugehen und langfristig sozial-ökologische Geschäftsmodelle aufzubauen.

Aida Jukas von der GLS Bank vertrat die Perspektive, Geld als soziales Gestaltungsmittel zu betrachten. Die Bank achte daher insbesondere auch auf die Wirkung und Resilienz der finanzierten Projekte und Partner. Gesamtwirtschaftlich kritisierte er die fehlende Bilanzierung externalisierter Kosten und Faktoren, wie z.B. den Verlust der Biodiversität und den Nutzen guter Böden, und forderte eine stärkere Betrachtung globaler Lieferketten.

Markus Rosensprung ist bei der Firma Eckel Federn für Transformation und Gemeinwohlorientierung des kleinen, aber energieintensiven familiengeführten Betriebs zuständig. Er sieht Unternehmen, denen Berichtspflichten als Zwang vorkommen und solche, für die sie ein selbstverständliches Werkzeug der Unternehmensentwicklung sind. Wenn Veränderungen unternehmerisch antizipiert würden, könnten anfänglichen finanzielle und arbeitsorganisatorische Investitionen sich in langfristigen Bilanzeffekten positiv auswirken. Durch eine Haltung des Wollens entstünde hierbei auch weniger Druck und Überforderung.

Chiara Bernd, Nachhaltigkeitsmanagerin bei 7stepssolution, sieht Nachhaltigkeit nicht als Trend, sondern als Säule einer stabilen Unternehmensstrategie. Hierfür brauche es Verständnis und Transparenz über die zugrunde liegenden Zusammenhänge im Unternehmen und einen Blick auf die Wirtschaftlichkeit und gesteigerte Resilienz der Lieferketten durch überarbeitete Geschäftsmodelle. Der Bereich Beschaffung spiele im gesamten Nachhaltigkeitsmanagement weit über das Lieferkettengesetz hinaus eine zentrale Rolle. Es bestünde aber eine große Unsicherheit, wie die eher abstrakten Vorgaben aus der Berichterstattungspflicht in konkrete Betriebsabläufe zu überführen sind, weswegen sie sich für mehr Übersetzung der politischen Sprache in unternehmerische Kontexte einsetzt.

**Impulse aus der Teilnehmer\*innenschaft**

- Im Designbereich haben Studierende breite Experimentierfelder, aus denen heraus spannende Lösungs- und Start-Up-Ideen erwachsen
- Es braucht politische Anreize für den Kauf nachhaltiger Produkte
- Ausschreibungswesen um soziale & ökologische Kriterien ergänzen

## Panel 2 – Gemeinwohlorientierung in den Kommunen

Alexander Kleinschmidt von der GWÖ-Kommune Brakel im Kreis Höxter berichtete aus seinen Erfahrungen, dass Kommunen die Gemeinwohlökonomie anwenden und sichtbar machen können, für eine erfolgreiche Umsetzung aber mehr erforderlich sei. Akzeptanz für diesen Weg entstünde erst, wenn der komplexe Begriff der „Gemeinwohlökonomie“ anschaulich dargestellt werden kann. Dazu gehören Rahmenbedingungen, die den Kommunen und Unternehmen mit einer GWÖ-Bilanz eindeutige Vorteile bringen. Die ökologische und insbesondere energetische Nachhaltigkeit sei kommunal oft schon verankert, was teilweise zu Verwirrungen bezüglich der Notwendigkeit einer weitergehenden Gemeinwohlorientierung führe. Kommunen stünden allerdings vor der zentralen Herausforderung, dass im Vergaberecht die oberste Maxime nach wie vor die rein finanzielle Kostenbetrachtung sei, weswegen er hier Anreize im Sinne der GWÖ-Orientierung forderte.

Lennart Schminnes von der Gemeinde Merzenich vertrat die Ansicht, dass antiquierte Denkmuster aufgebrochen und neue Wege in der kommunalen Flächenpolitik gegangen werden müssen, um Flächenversiegelung zu reduzieren und Bodenspekulation zu verhindern. In der Transformation des Rheinischen Kohlereviere geht es darum, den Wandel über eine Nachhaltigkeitsstrategie in eine zielführende Richtung zu lenken. Zentrale Hebel auf kommunaler Ebene seien Beschaffung und Bodenpolitik, weswegen die Gemeinde Merzenich über Erbbaurechte eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik ermöglichen möchte. Grundlage hierfür sei eine Sensibilisierung der Verwaltung auch in den Fachbehörden und ein politischer Gestaltungswille in den kommunalen Gremien.

Marlen Münning (LAG 21) sieht Kommunen mit ihren lokalen Aushandlungsprozessen als Schlüsselakteure der sozial-ökologischen Transformation, die mit einem integrierten Nachhaltigkeitsmanagement zum Gemeinwohl beitragen. In NRW hat die LAG 21 bereits über 30 Kommunen bei einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie unterstützt und beobachtet die Dynamik, dass Nachbarkommunen Interesse zeigen und in den Austausch gehen. Mit dem Modell des kommunalen Nachhaltigkeitshaushalts können budgetbezogene Vorbehalte überwunden und die Ziele einer Nachhaltigkeitsstrategie in den kommunalen Haushalt strategisch implementiert werden.

Paul Corrales Braun von der Wirtschaftsförderung (WFÖ) der Kommune Bornheim hält die GWÖ für einen inspirierenden Transformations-Trainingsplan für Kommunen und Unternehmen, der zahlreiche Vorteile für alle beteiligten Menschen und die Umwelt böte. Aus dieser Perspektive könne die GWÖ weniger als zusätzliche Belastung neben den Verwaltungsaufgaben, sondern als Zukunftspfad wahrgenommen werden. Er sieht zwei strukturelle Probleme, da Nachhaltigkeit ressortübergreifende Zusammenarbeit erfordert, was in der realen Ämterstruktur oftmals schwierig ist und Verwaltungen sich oft als Exekutive der Politik verstehen und so verstanden werden, nun aber „eigene“ Strategien entwerfen und umsetzen sollen. Die WFÖ Bornheim hat Vergabekriterien für eigene Flächen mittels eines Mandats über den Aufsichtsrat der Kommune gemeinwohlorientiert ausgestaltet. Eine Hürde im Vergaberecht sei allerdings der „aktuelle Stand der Technik“, da beispielsweise nicht-fossiler Asphalt innovativ und nachhaltig, allerdings noch nicht Standard sei.

### Impulse aus der Teilnehmer\*innenschaft

- Es braucht einen Wandel der Kultur hin zu Entscheidungskompetenz und -willen auch auf unteren Verwaltungsebenen, um die Mitarbeitenden einzubeziehen.
- Eine Negativliste in der Beschaffung mit nicht mehr zu kaufenden Produkten sei eine Low-Hanging-Fruit.
- Gemeinwohlkriterien können Ziele und Evaluierungsrahmen für die Regionalentwicklung liefern.
- Stadträte müssen für die komplexen Dimensionen der Nachhaltigkeit und Gemeinwohlbilanz sensibilisiert werden. Es braucht hier niedrighschwellige Kommunikations- und Vermittlungsinstrumente (z.B. Labeling / Tagging) mit dem Ziel, der Politik Steuerungsmechanismen zur Verfügung zu stellen.

### **Abschlusspanel mit Antje Grothus, Gregor Kaiser, Dr. Dorothea Schostok, Dr. Peter Markus**

- Finanzplanung braucht Voraussicht und lange Zeiträume: Die europäische EFRE-Förderperiode 2028ff. ist heute schon zu gestalten.
- Im Vergaberecht müssen Zugänge für bereits Zertifizierte vereinfacht werden.
- Wir brauchen mehr ressortübergreifende Arbeit und können auf Landesebene einen Parlamentarischen Beirat Nachhaltige Entwicklung und/oder einen Staatssekretärsausschuss Nachhaltige Entwicklung einrichten. Auch kann der Landeshaushalts von Kameralistik auf Doppik – wie u.a. auch Hessen – umgestaltet werden, um eine Wirkungsorientierung des Haushalts zu ermöglichen. Nach § 24 (1) der NRW-Landesverfassung steht „Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens das Wohl des Menschen“.
- Das Zusammenwirken unterschiedlicher Bilanzierungsansätze müsse gefördert werden, um Werteentwicklung innerhalb von Organisationen und unternehmerische Mehrwerte sichtbar zu machen.
- Eine gemeinsame Beschaffungsstelle für Kommunen könne Prozesse vereinfachen.
- In GWÖ-Netzwerken könnten Best-Practice geteilt, Gutachten auf kommunaler Ebene weitergeben und gemeinwohlökonomische Bestrebungen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen der Nachhaltigkeit zusammengeführt werden.
- Förderkulissen müssten übersichtlicher gestalten und Kriterien nachgeschärft werden, auch um umweltschädliche Subventionen zu reduzieren
- Suffizienz spielt bisher keine leider Rolle in den Nachhaltigkeitsstrategien des Landes.
- Neben der Nachhaltigkeitsstrategie bräuchte es eine Gemeinwohlstrategie, um die bestehenden Ideen in Regierungshandeln zu überführen.